

Power to the people –

Energiesektor unter gesellschaftliche Kontrolle!

Drohende Energieknappheit und Preissteigerungen, besonders bei Gas und Öl, verschlechtern unmittelbar die Lebensbedingungen vieler Menschen. Als Attac nehmen wir eine weitere soziale Spaltung unserer Gesellschaft nicht hin. Wir kämpfen für eine wirksame Entlastung von Menschen mit geringerem Einkommen. Gleichzeitig halten wir Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise - vor allem die Umstellung auf erneuerbare Energien - für dringend nötig. Die aktuelle Situation ist daher unbedingt als Katalysator für eine noch entschiedener soziale-ökologische Transformation zu nutzen. Wir werden uns Entscheidungen auf Kosten zukünftiger Generationen oder der Menschen in anderen Teilen der Welt entschieden entgegenstellen.

Die Energiepolitik der Bundesregierung ist ungerecht und klimaschädlich.

- Die Beschlüsse der Regierung zur Gas- und Strom- „Preisbremse“ sind unsozial, bevorteilen Vielverbraucher*innen und setzen zu wenig Anreize, um den Energieverbrauch substanziell zu senken.
- Es ist zwar begrüßenswert, dass auf alle Gewinne von Energiekonzernen, die 20 Prozent über den Gewinnen des Durchschnitts der letzten drei Jahre liegen, ab 1. Dezember bis Ende 2023 eine Abgabe von 33 % fällig wird, aber das reicht nicht: Die Abgabe muss höher und unbefristet sein.
- Der Ersatz fossiler Energie durch erneuerbare wird nicht konsequent vorangetrieben. Im Gegenteil: Als „Hilfe in der Krise“ werden die fossilen Energien und die Atomkraft wieder ausgebaut. Das würde die Erreichung der Klimaziele unmöglich machen und muss verhindert werden.
- Die Politik zur Energiesicherung trägt klimakoloniale Züge. Das zeigt sich z.B. an dem Überbietungswettbewerb um die weltweiten LNG Ressourcen auf Kosten des globalen Südens und an den Wasserstoff-„Partnerschaften“.¹

Deshalb treten wir ein

Für das Recht auf Grundversorgung

Im Energiesektor fordern wir, dass die Grundversorgung von privaten Haushalten mit Strom und Gas - als Teil der Daseinsvorsorge - gesichert wird. Dazu werden verschiedene Modelle diskutiert. Die dafür nötigen Maßnahmen müssen folgenden Kriterien entsprechen:

1. Der Zugang zu Energie muss so gestaltet werden, dass alle - auch Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen – die Möglichkeit haben, ihren Grundbedarf an Energie zu decken.
2. Dabei müssen Anreize gesetzt werden, um Energie zu sparen und die ärmeren Haushalte sollten darin unterstützt werden (z.B. durch Förderung energiesparender Geräte).
3. Sie sollen ebenfalls dazu anreizen, den fossilen Anteil an Energie zugunsten des Anteils von erneuerbaren Energien zu vermindern.

¹ Aktuell wird Namibia als neuer Produzent von grünem Wasserstoff hoch gefeiert. Die Bundesregierung hat Forschungspartnerschaften etabliert und Wirtschaftsminister Harbeck reist eigens hin, um die Bedingungen zu verhandeln. Auf einer Pressekonferenz betont er die Ablehnung eines „Energie-Imperialismus“, verschweigt aber, dass die riesige Anlage mit eigenem Tiefseehafen 300.000 t Wasserstoff produzieren soll, die in Lieferverträgen allein schon mit RWE vereinbart sind. Aktivist*innen aus Namibia befürchten, dass die angeblich im Lande verbleibende Energie vor allem wieder im globalen Norden (bzw. in diesem Fall in der BRD) landet.

4. Jeder Luxusverbrauch soll überproportional belastet werden, um Energiesparanreize zu setzen.
5. Elemente der Finanzierung: die enormen Mitnahmegewinne von Energiekonzernen; außerdem sollen Menschen mit sehr hohem Einkommen oder Vermögen zur Zahlung eines Extra-Beitrags (Klima-Soli o.ä.) verpflichtet werden.

Für eine konsequente Umstellung auf erneuerbare Energie

Um den Klimakollaps noch zu verhindern, muss der Ausstieg aus fossilen und Umstieg auf erneuerbare Energien schnellstmöglich vorangetrieben und „Bürgerenergie“ finanziell unterstützt werden mit dem Ziel einer weitestgehenden Regionalisierung der Energieversorgung. Eine nachhaltig gesicherte ökologische Energiewende ist nur mit der Bevölkerung, nicht gegen sie erreichbar. Das erfordert demokratische Entscheidungsprozesse und Formen echter Bürger:innen-Beteiligung

Um genügend zusätzliche Anlagen herstellen und installieren zu können, könnten zum Beispiel Bereiche der Automobilindustrie für die Produktion von Wärmepumpen, Windkraft- und Solaranlagen umgerüstet und Beschäftigte zu Techniker*innen für Installation und Wartung von Anlagen für erneuerbare Energie umgeschult werden

Keine Angst vor der Dunkelflaute

Wenn davon die Rede ist, Deutschland komplett auf erneuerbare Energien umzustellen, kommt sofort das Argument, dass die Sonne nicht immer scheint und es viele Tage ohne Wind gibt. Daher benötigen wir angeblich weiter Kraftwerke mit fossilen Energieträgern, um diese Lücken auszugleichen, denn auch die Speichertechnik reiche angeblich nicht aus.

Gerade in diesem Bereich sind aber enorme Fortschritte gemacht worden und es wird ständig weiter dazu geforscht und entwickelt.

Speicher für Kraft und Wärme gibt es seit längerem, sie werden bereits an vielen Stellen genutzt, wenn auch noch nicht in genügendem Umfang. Die Speichermöglichkeiten sind vielfältig, können passgenau eingesetzt werden und in einem Speicherverbundsystem gekoppelt werden - Stichwort Sektorenkopplung. Insbesondere in dezentralen und mobilen Strukturen (Wohnsiedlungen, Omnibusse, Landwirtschaft) sind sie geeignet, sich von großen Energiekonzernen und Netzbetreibern unabhängig zu machen.

Energieverbrauch der Unternehmen auf den Prüfstand

Erneuerbare Energien werden auf absehbare Zeit ein knappes Gut mit hoher Nutzungskonkurrenz sein. Daher ist sinnvolle Nutzung und Vermeidung von Energieverschwendung oberstes Gebot. Ein Großteil der Energie wird in der Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich verbraucht. Im Interesse eines sozial-ökologischen Umbaus muss dieser Verbrauch auf den Prüfstand. Um eine gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber zu ermöglichen, welche Produkte und Dienstleistungen sich die Gesellschaft aus Ressourcengründen noch leisten und worauf sie verzichten kann, müssen die Energieverbräuche der Wirtschaft offengelegt werden. Grundlage können die Daten sein, die die Bundesnetzagentur im Herbst 2022 im Rahmen der Energiekrise erhoben hat.

Gegen jede Form von Energie-Neokolonialismus

Die Klimawende kann nur global erfolgreich sein. Dem steht entgegen, dass aktuell die Industrieländer des Nordens für den Umstieg auf erneuerbare Energien die Ausbeutung des globalen Südens fortsetzen.

Ausbeutung mit grünem Label

Große Wasserstoffprojekte in Afrika, Lateinamerika und Asien sollen die nach dem neuen Rohstoff verlangenden Industrien des Nordens beliefern. Sie werden als Chancen für den Süden verkauft, aber tatsächlich wird die Ausbeutung mit einem grünen Label fortgesetzt. Verändert hat sich nur der Diskurs zur Legitimierung: Weil sie grünen Zielen diene, bezeichnen viele Akteur:innen - staatliche, privatwirtschaftliche und sogar Umweltschutzverbände - diese Form der Naturausbeutung als klimafreundlich, entwicklungsfördernd und ökologisch. Wir treten entschieden dafür ein, dass die erneuerbaren Energien zu allererst in den Ländern verbleiben, in denen sie produziert werden und die exportierbaren Rohstoffe zu fairen Bedingungen gehandelt werden. Die neuen Projekte dürfen nicht wieder zu Lasten von Ökosystemen und von sozialen und wirtschaftlichen Rechten der Bevölkerung gehen. Darum unterstützen wir alle Kräfte im globalen Süden, die dagegen Widerstand leisten.

Schluss mit dem fossilen Rohstoff-Extraktivismus

Gleichzeitig geht auch der fossile Rohstoff-Extraktivismus weiter. Während im Norden der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern mit konkreten Daten versehen ist, werden im Süden neue fossile Projekte zur Ausbeutung großer Gasfelder betrieben². Wir fordern den sofortigen Ausstieg von deutschen Banken und Konzernen aus solchen Projekten. Und wir fordern den sofortigen Stopp des Überbietungswettbewerbs um das weltweite LNG-Gas, durch den Gasströme von Süden nach Norden umgelenkt werden.

Zudem muss eine massive Unterstützung des globalen Südens erfolgen, damit dort auch die Klimawende bewältigt werden kann. Bei der letzten COP in Ägypten sind Klimafonds für arme Länder beschlossen worden – damit wurde zum ersten Mal anerkannt, dass der globale Norden Verantwortung für die Klimafolgen im Süden trägt. Diese Fonds müssen so ausgebaut werden, dass die Länder des Südens tatsächlich eine reale Chance erhalten, die Klimafolgen zu bewältigen – sie spüren bereits die verheerenden Folgen der Klimakrise. Und es braucht neben dem finanziellen auch einen technischen Transfer, damit in vielen Regionen herrschende Energiearmut mit erneuerbaren Energien aus eigener Kraft überwunden werden kann³.

Für die Vergesellschaftung:

Der Zugang zu Energie gehört zur Daseinsvorsorge. Mit der „Liberalisierung“ der Stromversorgung innerhalb der Europäischen Union vor über 20 Jahren ist Energie immer mehr zur Ware geworden, mit ihr lässt sich viel Geld verdienen. Wer über kein oder zu wenig Geld verfügt, wird von ihrer Nutzung ausgeschlossen. Zudem verzögern private Konzerne wie RWE die Energiewende, weil sie weiter an ihren fossilen Investitionen verdienen wollen.

Bis 1998 wurde in Deutschland die Stromversorgung für Privathaushalte von den Kommunen organisiert. Sie betrieben Stadtwerke oder beauftragten Unternehmen damit. Mit der Liberalisierung der Energieversorgung durch die EU änderte sich dies grundlegend. Statt der

2 Hierzu zwei Beispiele:

Vor der Küste von Senegal und Mauretanien existieren große Gasfelder, die von Firmen aus dem Norden ausgebeutet werden sollen (finanziert unter anderem von der Deutschen Bank). Dadurch wird die Existenz der vor allem vom Fischfang lebenden Bevölkerung gefährdet.

Und in Australien im Gebiet des Great Barrier Riffs ist RWE an einem großen Projekt zur Ausbeutung der dort lagernden Gasfelder maßgeblich beteiligt.

3 Nach Angaben der internationalen Energieagentur würde das Erreichen eines vollständigen Zugangs zu moderner Energie in Afrika bis 2030 Investitionen in Höhe von 25 Mrd. US-Dollar pro Jahr erfordern – eine Summe, die mit den Kosten eines einzigen großen LNG-Projektes vergleichbar ist. <https://www.urgewald.org/medien/ngos-enthuellen-verantwortlichen-expansion-fossiler-brennstoffe-afrika>

öffentlichen Hand soll nun allein der Markt die Versorgung mit Gas und Strom sicherstellen. Der Staat hat sich darauf zurückgezogen, den Strommarkt zu regulieren und nur noch in Krisensituationen, wenn die Stromversorgung zusammenzubrechen droht, direkt einzugreifen. In einer solchen Krisensituation befinden wir uns aktuell.

Begründet wurde die Privatisierung des Energiemarktes damit, dass so die Stromkosten für die Verbraucher*innen sinken würden. Diese Entwicklung ist nicht eingetreten. Stattdessen wurden mit der Privatisierung öffentliches Vermögen verschербelt und damit neue sichere Anlagemöglichkeiten für institutionelle Vermögensverwaltungen geschaffen. Seither ist viel Profit in private Taschen geflossen.

Die Energieversorgung muss wieder gesellschaftlich organisiert werden. Nicht in Form eines Staatskonzerns, der die gesamte Energieversorgung organisiert, sondern in Form einer gesellschaftlich gestalteten und demokratisch kontrollierten Netzstruktur.

Regionale Verteilnetze: Die regionalen Verteilnetze, sollen von kommunalen Stadtwerken organisiert werden. Diese sollen nicht allein die Aufgabe haben, die Netze zur Verfügung zu stellen, sondern auch verpflichtet sein, diese so zu organisieren, dass private Haushalte, kleine Genossenschaften oder Hausgemeinschaften dabei unterstützt werden, erneuerbare Energie ins Netz einzuspeisen. Dazu gehört auch ein Speichermanagement, dass sich am Bedarf einer dezentralen Stromerzeugung orientiert.

Übertragungsnetze: Die Übertragungsnetze, die sich zurzeit in den Händen von drei privaten Monopolisten befinden, sollen vergesellschaftet, d.h. in Anstalten des öffentlichen Rechts unter Federführung der Länder überführt werden. Das Netz der ENBW, dass sich bereits in öffentlicher Hand befindet, soll nicht privatisiert, sondern ebenfalls in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden.

Energieerzeugung: Kommunen sollen nicht nur wieder über eigene Netze verfügen, sondern auch Gesellschaften zur Energieerzeugung betreiben. Ein erster Schritt dazu wäre die Ausstattung aller städtischen Gebäude mit Solaranlagen. Gleichzeitig muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz so verändert werden, dass es kleine Energieanlagen und Energiespeicher von Bürger*innen, von Energiegenossenschaften und ähnlichen Akteuren fördert und nicht in erster Linie Großanlagen von Konzernen. Auf jedem Dach eine Solaranlage, egal ob auf städtischen Gebäuden, Ein- und Mehrfamilienhäusern oder auf Gewerbegebäuden – das muss das Ziel sein, nicht großtechnische Anlagen, die weite Transportwege notwendig machen und neue Abhängigkeiten schaffen.

Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung: Aber es reicht nicht, Stadtwerke nur zu re-kommunalisieren und die Übertragungsnetze zu vergesellschaften. Sie müssten auch demokratisiert werden. Stadtwerke und die Netzanstalten müssen so organisiert werden, dass Umwelt- und Sozialverbände sowie Stromkund*innen in den Entscheidungsgremien vertreten sind. Und selbstverständlich müssen auch die Beschäftigten angemessen beteiligt sein.